

ORF.at



Foto: Getty Images/Jag Images

BANKOMAT-URTEIL

Unterversorgung auf dem Land befürchtet

Nach dem Spruch des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) am Freitag, dass in Einzelfällen Bankomatgebühren erlaubt sind, gibt es nun die Befürchtung bei SPÖ und Arbeiterkammer (AK), dass es zu einer Unterversorgung mit Gratisbargeld aus Bankomaten kommen könnte. Vor allem im Blickfeld: ländliche Regionen. Das Finanzministerium fordert unterdessen Transparenz bei den Bankgebühren.

12.10.2018 23.27

Der VfGH hatte sich in einem Erkenntnis gegen ein generelles Verbot von Bankomatgebühren ausgesprochen. Es gebe allerdings ein öffentliches Interesse an der Bargeldversorgung in strukturschwachen Gebieten, so der VfGH seine Entscheidung, dass Banken weiterhin bei bestimmten Kontomodellen Entgelte für Bargeldabhebungen an Geldautomaten vorsehen dürfen. Sie seien aber nicht verpflichtet, ihre Kunden von Gebühren von unabhängigen Drittanbietern zu befreien.

Die SPÖ spricht sich nun weiter für ein generelles Verbot von Bankomatgebühren aus. Zudem müsse ein wohnortnaher Zugang zu Bankfilialen sichergestellt werden. „Die Regierung muss jetzt alles in die Wege leiten, damit jeder in Österreich unentgeltlich zu seinem Bargeld kommt“, forderte SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Markus Vogl am Freitag in eine Pressemitteilung.

SPÖ wirft Regierung Untätigkeit vor

Die SPÖ stehe bereit, bei einer entsprechenden Gesetzesreparatur im Nationalrat mitzugehen, um sicherzustellen, dass es auch zu keinen zusätzlichen Kosten kommt. Der Regierung wirft Vogl Untätigkeit in Sachen Konsumentenschutz vor. Ziel müsse sein, dass die Bevölkerung einen wohnortnahen Zugang zur unentgeltlichen Bargeldbehebung hat.



Deshalb habe die SPÖ auch noch in der Regierung auf das Verbot der Bankomatgebühr gedrängt. Das Ziel der SPÖ: der unentgeltliche Zugang zum eigenen Bargeld. Die SPÖ habe diesbezüglich auch schon Initiativen gesetzt, so Vogl.

Ländliche Regionen „nicht bestrafen“

Auch SPÖ-Kommunalsprecher Andreas Kollross forderte per Aussendung die Regierung auf, rasch ein generelles Verbot von Bankomatgebühren umzusetzen. „Der Zugang zu Bargeld ist als essenzielles Grundrecht der Menschen

anzusehen.“ Ein weiteres Problem sei, dass gerade in ländlichen Regionen der Zugang zu Bargeld zunehmend verschlechtert werde. „Die Menschen mit Bankomatgebühren zu bestrafen, obwohl das oftmals die einzige Möglichkeit ist, zu seinem eigenen Geld in der eigenen Gemeinde zu kommen, ist gelinde gesagt eine Frechheit“, so Kollross. Das gelte sowohl im urbanen als auch verstärkt im ländlichen Raum.

Auch Kollross forderte, die wohnortsnahe Erreichbarkeit zu Bankfilialen und Bargeld sicherzustellen. „Vor allem älteren Menschen, die weniger mobil sind, wird es massiv erschwert, Bankgeschäfte zu erledigen. Außerdem können solche Entwicklungen die Abwanderung beschleunigen, da Bankfilialen ein wichtiger Teil der Infrastruktur darstellen“, so der SPÖ-Kommunalsprecher.

AK: Nicht Drittanbietern überlassen

Die AK sieht die Banken in der Pflicht. Diese müssten eine flächendeckende Versorgung mit Bargeld sicherstellen, „damit Konsumenten kostenlos vom eigenen Konto abheben können“. „Das Feld darf nicht Drittanbietern überlassen werden, die mitunter den Konsumenten unverhältnismäßige Spesen verrechnen“, forderte Gabriele Zgubic, Leiterin der AK-Konsumentenpolitik, in einer Aussendung.

Für die AK ist das jüngste Erkenntnis zu den Bankomatgebühren „durchwachsen“. Eindeutig abzulehnen sei aber die Tendenz, die Bankkunden mit extrahohen Spesen durch Drittanbieter zur Kasse zu bitten, so Zgubic - mehr dazu in help.ORF.at

Verschiedene Tarifmodelle notwendig

Der VfGH hatte sich auf Antrag von rund 500 österreichischen Geldinstituten mit den Bestimmungen des Verbraucherschutzgesetzes befasst, die im Jahr 2017 unter dem Schlagwort „Verbot der Bankomatgebühren“ eingeführt wurden.

In seinen Erkenntnissen hebt der VfGH die Bestimmungen teilweise auf, Banken müssen aber verschiedene Tarifmodelle anbieten, um Bankomatgebühren verlangen zu können. „Der Gerichtshof bestätigt, dass die angefochtenen Bestimmungen dem Verbraucherschutz dienen“, so der VfGH. Für von den Banken unabhängige Drittanbieter von Geldausgabeautomaten werde ein Anreiz geschaffen, um Geldausgabeautomaten auch in strukturschwachen Gebieten zu betreiben, in denen wegen der geringeren Anzahl der Transaktionen nicht mit einem kostendeckenden Betrieb zu rechnen sei, so der VfGH am Freitag in einer Presseaussendung.

Ministerium fordert Transparenz

Das Finanzministerium fordert als Reaktion auf das VfGH-Erkenntnis die Kreditinstitute auf, nachvollziehbare Produkte und Kontomodelle anzubieten. Diese dürften keine versteckten Gebühren enthalten, und die Kosten müssten klar gekennzeichnet sein. Den Konsumentinnen und Konsumenten müsse eine vernünftige Entscheidung ermöglicht werden.

ZIB 13:00, 12.10.2018

Dieses Video darf aus rechtlichen Gründen nur in Österreich wiedergegeben werden.
Dieses Video ist nicht mehr verfügbar.

Dieser Livestream startet am

VfGH-Urteil über Bankomatgebühren

Laut Urteil des Verfassungsgerichtshofs dürfen die Banken in Österreich weiterhin keine Bankomatgebühren einheben. Bei Bankomaten von Drittanbietern dürfen aber Gebühren verrechnet werden.

„Das Wichtigste ist jetzt volle Transparenz für Kunden“, so der Sprecher von Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) am Freitag in einer schriftlichen Stellungnahme zur APA. „Sollte die Anwendung von den Marktteilnehmern unzufriedenstellend umgesetzt werden, behalten wir uns vor, in dem Bereich konkretere Anforderungen zu formulieren“, hieß es darin weiter.

Konsumentenschutzministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) will nach dem VfGH-Erkenntnis eine „Kennzeichnung der kostenpflichtigen Bankomaten erreichen“. Darum gehe es aus Sicht des Verbraucherschutzes, so die Politikerin am Freitag in einer Aussendung. Derzeit muss vor der Abhebung immerhin ein Hinweis auf Gebühren am Schirm erscheinen.

WKÖ: Kein Überwälzen mehr auf Banken

Von der heimischen Kreditwirtschaft wurden die VfGH-Entscheidungen begrüßt. Dadurch würden das Bankomatsystem heimischer Banken und die im internationalen Vergleich hervorragende und kostengünstige Bargeldversorgung der Österreicher nachhaltig gesichert, so Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Das „Bankomatgesetz“ hatte laut Rudorfer vor allem zur Folge, dass die heimischen Banken in der Höhe beliebig festgesetzte Entgelte von jeglichen Drittanbietern, die ihre Geräte in Österreich aufstellen, zu tragen hatten. Aufgrund der aktuellen Entscheidung des VfGH sei es Drittanbietern künftig nicht mehr möglich, ihre hohen Gebühren für Bargeldbehebungen auf die österreichischen Banken überzuwälzen.

Fast 9.000 Bankomaten österreichweit

Zum Jahresende 2017 gab es in Österreich rund 7.360 Geldausgabeautomaten, die von der PSA für die österreichischen Banken betreut werden. Inklusive der Drittanbieter waren es laut Nationalbank-Statistik 8.726 Geräte. 1.366 dieser Geldausgabegeräte wurden somit von den beiden unabhängigen Anbietern First Data und Euronet betrieben.

Der Großteil entfiel mit rund 1.140 Geräten auf First Data, die restlichen 265 können Euronet mit Konzernsitz in den USA zugerechnet werden. Vor zwei Jahren waren es erst 120. Der Marktanteil der unabhängigen Drittanbieter bei den Geldausgabegeräten hat sich damit seit 2012 von 6,5 auf 15,7 Prozent vergrößert.

red, ORF.at/Agenturen

Links:

- [VfGH zu Bankomatgebühr \(https://www.vfgh.gv.at/medien/VfGH_anerkennt_oeffentliches_Interesse_an_Bargeldvers.de.php\)](https://www.vfgh.gv.at/medien/VfGH_anerkennt_oeffentliches_Interesse_an_Bargeldvers.de.php)
- [SPÖ \(https://spoe.at/60stunden-woche/\)](https://spoe.at/60stunden-woche/)
- [FPÖ \(https://www.fpoe.at/\)](https://www.fpoe.at/)
- [AK \(https://www.arbeiterkammer.at/index.html\)](https://www.arbeiterkammer.at/index.html)
- [Finanzministerium \(https://www.bmf.gv.at/\)](https://www.bmf.gv.at/)
- [WKÖ \(https://www.wko.at/\)](https://www.wko.at/)
- [PSA \(https://www.psa.at/\)](https://www.psa.at/)
- [Euronet \(http://www.euronetworldwide.com/our_company/global_network.cfm\)](http://www.euronetworldwide.com/our_company/global_network.cfm)
- [First Data \(https://www.firstdata.com/de_at/home.html\)](https://www.firstdata.com/de_at/home.html)